

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ: BMGF-11001/0005-I/A/5/2017

Wien, am 24. März 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an meine Amtsvorgängerin gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 11466/J der Abgeordneten Gerald Loacker, Kollegin und Kollegen** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Fragen 1 bis 3, 5 und 12 bis 14:

- *Wie hoch war der Pauschalbetrag gem. § 149 ASVG jeweils 2015 und 2016?*
- *Wie hoch war der Pauschalbetrag gem. § 319a ASVG jeweils 2015 und 2016?*
- *Wie hoch war die Zahl der Behandlungstage in Unfallkrankenhäusern, die unter § 149 ASVG fallen, jeweils 2015 und 2016?*
- *Wie hoch waren die allgemeinen durchschnittlichen Kosten je Behandlungstag (fiktive Tagsätze) jeweils 2015 und 2016 innerhalb der Unfallkrankenhäuser?*
- *Ergibt sich aufgrund der unterschiedlichen anzuwendenden Mittel im Falle einer Krankenbehandlung gem. § 133 ASVG und im Falle einer Unfallheilbehandlung gem. § 189 ASVG zwischen Unfallkrankenhäusern und anderen Krankenanstalten eine unterschiedliche Praxis im Umgang mit Patient/innen?*
- *Wenn ja, worin äußert sich dies?*
- *Wenn ja, ergeben sich dadurch Kosteneinsparungen bzw. Mehrausgaben?*

Dazu verweise ich auf die zur gegenständlichen parlamentarischen Anfrage eingeholte Stellungnahme der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, welche in Beantwortung dieser Fragen als Beilage 1 angeschlossen ist.

Fragen 4 und 6 bis 11:

- *Wie viele Behandlungstage in anderen Krankenhäusern, die unter § 319a ASVG fallen, wurden jeweils 2015 und 2016 abgedeckt?*
- *Wie hoch waren die allgemeinen durchschnittlichen Kosten je Behandlungstag (fiktive Tagsätze) jeweils 2015 und 2016 innerhalb anderer Krankenanstalten?*
- *Gibt es aus Ihrer Sicht ein Ungleichgewicht zwischen den Kostenersätzen der Krankenkassen an die AUVA für die Behandlung allgemeiner Unfälle und den Kostenersätzen der AUVA für die Behandlung von Arbeitsunfällen an andere Versicherungsträger?*
- *Wenn ja, gedenken Sie dieser Problematik entgegenzuwirken?*
- *Wenn ja, wie wollen sie dieser Problematik entgegenwirken?*
- *Wenn ja, bis wann werden sie entsprechende Maßnahmen setzen?*
- *Wenn ja, welche Maßnahmen sollen gesetzt werden?*

Zu diesen Fragen verweise ich auf die Beantwortung der Fragen 4 und 6 bis 11 der parlamentarischen Anfrage Nr. 7095/J (siehe Beilage 2). Die dort getroffenen Aussagen treffen vollinhaltlich auch auf die vorliegenden Fragen 4 und 6 bis 11 zu.

Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, MSc

Beilagen

